

## Handout Pressegespräch der Bürgerinitiative HFO am 25.03.2015

---

*Ein positives Miteinander von Bürgern und Flüchtlingen kann nur entstehen, wenn die Rahmenbedingungen durch die Verwaltung geschaffen werden und alle Bürgerinnen und Bürger die Flüchtlingspolitik der Stadt Olpe als Gemeinschaftsaufgabe nahegebracht und sie an Entscheidungen beteiligt werden. Das setzt klare Rahmenbedingungen und eine faire Lastenverteilung voraus.*

Aus aktuellem Anlass möchte die Bürgerinitiative HFO über neue Erkenntnisse und Aktivitäten informieren:

### Kritik am Vorgehen von Bezirksregierung und Stadtverwaltung

#### Die offizielle Begründung der Bezirksregierung Arnsberg für die Beschlagnahmung des Regenbogenlandes lautet: „Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bestand keine andere Wahl“

Das muss angezweifelt werden, denn:

- **500.000 qm** Leerstände von Landesimmobilien verursachen derzeit Millionenverluste. Landesrechnungshof und Bund der Steuerzahler haben schon Mitte 2014 darauf hingewiesen. 65 leerstehende Objekte wurden bereits als geeignet und 48 als bedingt geeignet für die mietfreie Unterbringung von Flüchtlingen eingestuft <sup>1,2</sup>
- Die Flüchtlingsströme aus dem Kosovo sind mittlerweile **um 80 % zurückgegangen**. Anfang Februar im Schnitt über 1000 / Anfang März 175 Personen pro Tag <sup>3</sup>
- Die Belegung des Regenbogenlandes bewegte sich bis heute **weit unter der Obergrenze**: Max. 190 von 400 Plätzen waren belegt, Mitte März steht das Gebäude vom 12.-19.03. für 1 Woche leer, danach wurden 24 Kosovaren mit Abschiebebescheid beherbergt

#### Die Stadtverwaltung hat am 27.01.2015 bei ihrer Bürgerinformationsveranstaltung zur ZUE ausdrücklich versichert, dass der Bebauungsplan die Nutzung einer sozialen Einrichtung erlaubt

- Die von einigen Anwohnern beauftragte anwaltliche Prüfung ergab das Gegenteil: Nutzung ist rechtswidrig

#### Die Stadtverwaltung plant bereits Ende April eine Entscheidung des Stadtrates über A) die Einrichtung einer ZUE oder B) dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen für 2 Jahre

Diese Entscheidung halten wir für übereilt:

- Es besteht KEIN Zeitdruck (abgesehen von der Sommerpause), denn
  - die Notunterkunft soll bis Herbst 2016 laufen. Außerdem ist die Immobilie seit Mitte März im Besitz der Stadt Olpe
  - die Stadt verfügt nach eigenen Aussagen über ausreichende Unterbringungskapazitäten bis Ende 2015. Derzeit leben 102 Flüchtlinge und Asylbewerber in Olpe. Für die Zukunft müssen weitere Leerstände / alternative Objekte verlässlich geprüft werden.
- Die objektive Beurteilung über die Auswirkung eines Massendurchgangslagers für Jahrzehnte ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich:
  - Wintermonate und bisher geringe Belegungszahl erlauben kein seriöses Urteil
  - der auf Anregung der Bürgerinitiative eingerichtete Runde Tisch „Forum Integration“ kann bis zum Beschlusstermin nur dreimal tagen. Ein abstimmungsreifes Gesamtkonzept für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung kann in so kurzer Zeit nicht erarbeitet werden.
  - Weitere Fördermittel des Bundes für die kommunale Flüchtlingsunterbringung sind zu erwarten. Führende Politiker fordern: „Flüchtlingsunterbringung und -betreuung sind eine nationale Aufgabe“ <sup>4</sup> -> Ein Großteil des vermeintlichen finanziellen Vorteils, den die Stadtverwaltung bei einer ZUE sieht, würde dann wegfallen
- Bei Zustimmung für einer ZUE hätte die Stadt auf Jahre keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Flüchtlingspolitik in unserer Stadt (aktuelles Beispiel: Rütthen hat keine Handhabe gegen die Belegungsaufstockung der ZUE durch die Bezirksregierung <sup>5</sup>

## Ziel der BI: Langfristiges Integrationskonzept OHNE Massenunterkunft

Die BI setzt sich ein für die Entwicklung eines langfristigen Unterbringungs- und Integrationskonzeptes, um Flüchtlingen dauerhaft eine Perspektive in unserer Kommune zu geben. Dabei ist die Anzahl der in den nächsten Jahren zugewiesenen und aufzunehmenden Flüchtlinge geringer als die planmäßigen 400 Bewohner einer ZUE.

Wir fordern eine dezentrale Unterbringung der zugewiesenen Flüchtlinge in kleinen Einheiten **gleichmäßig** verteilt auf die Kommune Olpe.

Dazu gehören:

- Mögliche Nutzung des Regenbogenlandes als ein Baustein (Mischkonzept: Flüchtlingsunterkunft mit Hotel-/ Seminarbetrieb, Gastronomie, Kultur, Vereinsleben) in Anlehnung an ähnliche Modelle in Augsburg oder Wien, welche selbstverständlich an die Olper Gegebenheiten angepasst werden müssen
- Sanierung / Renovierung der bestehenden Unterkünfte Lütringhauser / Stachelauer Weg. Die Missstände machen deutlich, dass die Stadtverwaltung mit der Aufgabe überfordert und konzeptlos vorgegangen ist. BI engagiert sich z.Zt. mit Politikern, Integrationsrat, Kreishandwerkerschaft, türk. Gemeinde und weiteren Ehrenamtlern sowie mit Einbindung der Bewohner für Verbesserungen
- Nutzung / Erschließung von freiem Wohnraum

außerdem weitere Maßnahmen unter Einbeziehung von Haupt- und Ehrenamt und der Nutzung von Fördermitteln in den Bereichen Betreuung, Sprachförderung, Freizeitangebote, Schulische Begleitung, Einstiegshilfen in den Arbeitsmarkt usw.

Ausgereifte und langjährig bewährte Konzepte anderer Kommunen (Münster <sup>6</sup>, Lünen <sup>7</sup>, Finnentrop) können hier als Vorbild dienen.

## VORTEILE eines langfristigen Integrationskonzeptes

- Die Anzahl der kommunal unterzubringenden Flüchtlinge ist geringer als die in einer ZUE (aktuell 102 in der Kommune, 400 geplant für ZUE)
- Die schon jetzt geleistete ehrenamtliche Hilfe kann über die Ersthilfe hinausgehen und nachhaltig wirken: Patenschaften, Freizeitgestaltungen, Kultureller Austausch usw. können ermöglicht werden. Nach Anerkennung des Asylverfahrens besteht sogar die Möglichkeit in Olpe sesshaft zu werden, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- Mit dem Regenbogenland als dezentraler Baustein würde Flüchtlingen nicht nur für wenige Wochen (wie in einer ZUE), sondern **dauerhaft** eine menschenwürdige Unterkunft geboten
- Für dauerhaft in Olpe lebende Flüchtlinge können in einem Wohngebiet und in der ganzen Kommune **nachhaltige Hilfe und Integrationsmöglichkeiten** ermöglicht werden.
- Ein Massendurchgangslager für Tausende Menschen pro Jahr (ZUE) überfordert ein kleines Wohngebiet von 150 Bürgern. Sprachbarrieren und ständig wechselnde Bewohner führen eher zu einem **NEBENEINANDER als zu einem MITEINANDER**. Nachbarn können sich zwar ehrenamtlich engagieren, aber **gelebte Nachbarschaftshilfe ist nicht möglich**. Die Flüchtlinge können in der kurzen Zeit nicht in das gewachsene Netz der Nachbarschaft eingebunden werden. Keine ZUE liegt so nah an einem Wohngebiet. Integration wird ausgeschlossen.
- Gefährdungspotential für Flüchtlinge und Bürger ist bei kleineren Einheiten mit geringer Fluktuation und gutem Konzept sehr viel kleiner als dies bei einer ZUE der Fall ist
- Mit einem gut durchdachten dezentralen Konzept kann der Zustand des Regenbogenlandes sehr viel länger aufrechterhalten werden als dies bei einem Massendurchgangslager der Fall wäre.

**Positivbeispiele anderer Kommunen zeigen: Die Beachtung einer fairen und nachvollziehbaren Lastenverteilung durch eine dezentrale Flüchtlingsverteilung schafft ein besseres soziales Klima zwischen Flüchtlingen und Bürgern, vermeidet unnötige Konflikte, führt zu einer schnelleren gesellschaftlichen Teilhabe der Flüchtlinge durch hohe freiwillige Bürgerbeteiligung.**

## Links:

1), 2) Leerstände BLB

<http://www.presseportal.de/pm/30621/2963894/rheinische-post-blb-bietet-65-neue-unterkuenfte-fuer-fluechtlingen-an>  
<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV16-2715.pdf>

3) Rückgang Flüchtlingszuwachs

<http://www.tagesschau.de/inland/asylbewerber-kosovo-101.html>

4) Flüchtlingsunterbringung ist nationale Aufgabe

[http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_73089506/fluechtlinge-oppermann-bund-soll-fluechtlingsunterbringung-bezahlen.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_73089506/fluechtlinge-oppermann-bund-soll-fluechtlingsunterbringung-bezahlen.html)

5) ZUE Rüthen: Stadt gegen Bezirksregierung

<http://www.derwesten.de/staedte/warstein/sorgen-um-das-soziale-gefuege-aimp-id10483208.html>

6), 7) Dezentrale Konzepte

Münster

[http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/fa\\_wohnpkonzept.html](http://www.muenster.de/stadt/zuwanderung/fa_wohnpkonzept.html)

Lünen

[https://www.luenen.de/medien/soziales/dok/Konzept\\_zur\\_Unterbringung\\_und\\_Betreuung\\_von\\_Fluechtlingen\\_Schlussversion.pdf](https://www.luenen.de/medien/soziales/dok/Konzept_zur_Unterbringung_und_Betreuung_von_Fluechtlingen_Schlussversion.pdf)